

In nomine patris et filii et spiritus Martini. Amen

Antwort auf die Darlegungen von Thomas Martini (hlz 9-10, S. 26f),
der in gewisser Weise die Politik der Behörde verteidigt – Polemik nicht
ausgeschlossen

Thomas Martini ist ein „erfahrener Kollege“, der „25 Jahre in der Wirtschaft tätig gewesen und [...] im In- und Ausland verschiedene Strukturveränderungen erleben bzw. auch mitgestalten [konnte]“. Er antwortete auf unser Interview (s. hlz 7-8/21, S. 42ff), in dem das Schulsprecher_innenteam und wir als Betriebsgruppe der Abendschule Vor dem Holstentor (ASH) die Pläne der Behörde kritisierten, mittels eines Neugründungsprozesses die Schulen des Zweiten Bildungsweges zu „fusionieren“. Ein ökonomischer Imperativ ist hier das Leitmotiv, so unsere Interpretation der Vorgänge. Der Prozess heißt Neugründung, weil mit einer „Fusion“ andere Mitbestimmungsrechte und Verpflichtungen (höherer Schutz für das Personal) verbunden wären, denen die Behörde lieber aus dem Weg geht.

Der ehemalige Personalrat hat in dieser Misere den Ruf einer Cassandra zu verteidigen, eines einsamen Rufers in der Wüste, der dies alles schon hat kommen sehen! Und wem lauschte der erfahrene Kollege? Dem demographischen Wandel und Kollegien, die das alles verschlafen hätten. Aus diesen viele Jahre gereiften Überlegungen folgt der Schluss, dass die Schulen am Misslingen des Zweiten Bildungsweges mehrheitlich selber Schuld seien – und nimmt explizit die BSB aus der Schusslinie der Kritik! So wünscht man sich Personalräte.

Martini habe es von Anfang an

gewusst, dass die „Entwicklung [sinkender Bewerber_innenzahlen] vorhersehbar“ gewesen sei und mit dem Umstand zusammenhinge, dass immer mehr Schüler_innen Abitur machten. Er gebraucht sogar die in sozialkritischen Kreisen eher verpönte Vokabel „Hamburger Abiturinflation“, denn damit einhergehend ist die kulturkonservative These, dass das Bildungsniveau

*Die [...] von der
BSB angestrebte
Strukturveränderung hin zu
mehr Effizienz meint dann
letztlich nichts anderes
als die Verwandlung eines
Menschen in eine Zahl*

bedrohlich sinke, der höchste Schulabschluss „entwertet“ worden sei. Darüber muss man sich an anderer Stelle diskursiv auseinandersetzen.

Common sense

Martinis Argumentation klingt plausibel, nach gesundem Menschenverstand: Bildungsverläufe begännen früher und dies sei doch eine Bereicherung für die Gesellschaft: Der Wirtschaft ginge es gut durch die frühen Bildungsabschlüsse und Steuerzahler_innen würden entlastet. Das ist eine doch recht neoliberale Deutung unserer Gegenwart: Bildung kostet. Sie belastet unseren Haushalt, wenn „Bummelstudent_innen“ und

Langzeitschüler_innen existieren. Umso früher als Arbeitskraft zur Ausbeutung präpariert, umso besser für die Wirtschaft, umso besser für die Gesellschaft. Das genau diese politische Einstellung für die Bildungsmisere in unserem Land verantwortlich ist, darüber verliert ein ehemaliger Personalrat leider keine Worte. Martini verteidigt die Politik der Behörde, weil er deren Sichtweise teilt: Es zählen Resultate, Schulabschlüsse, schöne Zahlen, an denen ablesbar sei, dass kräftig gespart werden müsse: „Der Zweite Bildungsweg ist uns zu teuer. Er leistet nicht genug.“ Das kritisch zu betrachten, versäumt Martini in seinem ganzen Text.

Aus Martinis Erfahrung resultiert aber nicht nur, dass junge Menschen frühestmöglich auf den Arbeitsmarkt kommen sollten, sondern er lobt auch den „frühen Kitabeginn“, denn dies entlaste die „Frauen“. Wir wollen uns jetzt nicht an diesem traditionellen Bild abarbeiten, das empirisch zwar stimmt, aber eben nicht nur: auch Männer oder Andere können davon entlastet werden. Aber – nun gut. Bleiben wir beim Thema, denn der Hinweis fügte sich leider nur zu gut in die Gedankenzusammenhänge, die Martini in seinem Text entfaltet (Leistungsideologie und das Ignorieren von „Gedöns“ sind seit Gerhard Schröder ein Evergreen der „Neuen Mitte“). Es geht hier um eine Weltanschauung, die sich als vernünftig und an schwarzen Zahlen orientiert



Fotos: BG-ASH

Chancengleichheit erschöpft sich nicht im äußeren Rahmen, damit fängt sie gerade mal an

imaginiert und aus der heraus am Ende die bislang erfolgte Erwachsenenbildung als gescheitert angesehen werden muss.

Die von Thomas Martini beantwortete und von der BSB angestrebte Strukturveränderung hin zu mehr Effizienz meint dann letztlich nichts anderes als die Verwandlung eines Menschen in eine Zahl. Diese Zahl soll sich im Gang durch die Institution Zweiter Bildungsweg (ZWB) auf wundersame Weise durch sich selbst hindurch anreichern und am Ende eine neue Qualität besitzen, die sie durch eine flexible, modulare und hybride Bildungsform annehme. Man kennt die Begrifflichkeiten durch den neoliberalen Strukturwandel der Arbeitswelt: Flexibilität, Eigenverantwortung, Selbstmanagement, Selbstoptimierung etc. Auch weiß man, wie sehr in den letzten beiden Jahrzehnten die Zahl derer gestiegen ist, die durch diese Macht des Optimierungsdrucks gescheitert sind – und nicht selten eben den Gang des ZWB wählen. Deshalb

wählten wir den Begriff „Reparaturbetrieb“, weil er sich aus der Erfahrung der Mehrheit der Schüler_innen speist. Jede dieser Personen kann eine Geschichte des Versagens, Scheiterns, der Kränkung und Beschämung im Regelschulsystem erzählen. Martini liest in unsere Ausführungen hinein, dass wir „recht passiv“ darlegen würden – und daher schmälerten –, was in der Erwachsenenbildung wirklich geleistet werde. Nichts läge und ferner! Die Vertreter_innen des Schulsprecher_innenteams haben dazu deutliche Worte verloren. Von daher ist es doch merkwürdig, dass diese Formulierung als „recht passiv“ ausgelegt wird. Reparatur ist ein aktiver Vorgang und zwischen Individuen bedeutet dies, dass man eine reflektierte Beziehungsarbeit vollzieht. Neuland für Behörden.

Reparaturbetrieb revisited

Damit der Zweite Bildungsweg erfolgreich sein kann, muss er jene Beschädigungen ernst nehmen, die Menschen auf ih-

rem bisherigen Weg mit den Enttäuschungen sowie Kränkungen im Bildungs- und Arbeitsleben erfahren haben. Denn schließlich ist das ein wesentlicher Impuls für den ZWB: „Mein jetziger Job ist zu mies bezahlt“ oder „Mein Hartz reicht einfach nicht hin.“ Eine Leistungs- oder Effizienzideologie reflektiert das erstaunlicher Weise nicht. Die Behörde strebt ernsthaft an, mit der Neugründung des Zentrums für Erwachsenenbildung eine „leistungsorientierte“ Klientel anzusprechen, die gerade durch all die Zauberformeln des Neoliberalismus (Eigenverantwortung! Flexibilität! Digitalisierung!) angelockt werden soll. Es wird hier zu konservativ davon ausgegangen, dass es noch diese gute alte bundesrepublikanische Mittelschicht gebe, die aus gesicherten Arbeitsverhältnissen heraus den Gang zur Schule anstrebe, um in ihrem alten Arbeitsverhältnis aufzusteigen. Wir denken da an Facharbeiter_innen, Krankenschwestern, Angestellte aus dem Verkauf oder kleine Selbstständige. Seit ungefähr 40 Jahren sind diese Milieus im „Abstieg“ begriffen.

Die hohen Abbrecher_innenquoten, die dem ZBW zum Vorwurf gemacht werden, haben u.a. massiv etwas mit dem Hartz-IV-System und seinen ineffizienten Gängelungen, mit prekären Jobs zu tun, die so schlecht bezahlt sind, dass davon zwei oder drei gemacht werden müssen, um die Miete zu zahlen. Das sind häufig existenzielle Sorgen und Nöte, die sich durch die Corona-Krise potenziert haben. Es gab die Androhung von Zwangsräumungen, Ehekrisen, viele Alleinerziehende. Insgesamt müssen sich viele um familiäre Verpflichtungen kümmern, ob nun beim Gang aufs Amt oder in der Betreuung von Kindern der Geschwister. Hinzukommen psychische Probleme, die eben ein Massenphänomen in den letzten Jahrzehnten geworden sind: Selbstzweifel



Es geht darum, den Protest nach außen zu tragen

in Folge eigener Ohnmachtserfahrungen, permanente Erschöpfung, Migräne, mangelnde Selbstwirksamkeit, eine alltägliche Trostlosigkeit. Das Gefühl von Resignation oder einer eher bedrohlichen Zukunft ist vorherrschend, selbst bei Leuten, die sich doch aufgemacht haben, um einen Schulabschluss nachzuholen! Viele leiden darunter, dass sie „zu alt“ sind, andere aus ihrem Freund_innenkreis schon längst Abitur gemacht haben und studieren. Ein ständiger Leistungsdruck grätscht immer wieder in die Pläne für eine bessere Zukunft.

Sag doch mal 'was Positives!

Das Problem der Erwachsenenbildung ist nicht einfach das der sinkenden Bewerber_innenzahlen. In der Sekundarstufe I ist der Trend sogar ein anderer. Das Problem ist ein wachsender Niedriglohnsektor, sind steigende Mieten, ist ein katastrophaler Mangel an Psychotherapieplätzen, die mangelnden Ressourcen für die „Beschulung“ von geflüchteten Personen, die noch mit ganz anderen Problemen zu kämpfen haben. Wer über zu hohe Abbrecher_innenquoten, aber nicht über die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse spricht, verdrängt zu viel. Aber Verdrängtes kehrt

zurück, nämlich als Problem. Hatten wir nach Martinis Deutung nicht zu schlecht über den Zweiten Bildungsweg gesprochen? Nein, nein, wir sprachen über die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Bedingungen und Umstände dieses Schulsystems bestimmen. Und die haben sich verschlimmert. Sagen wir also mehr Positives:

Gerade die Schulen des ZBW sind hier wichtige Stützen einer neuen Lehr-Lern-Erfahrung, die den ersten Gang durch die Bil-

Es wird hier zu konservativ davon ausgegangen, dass es noch diese gute alte bundesrepublikanische Mittelschicht gebe, die aus gesicherten Arbeitsverhältnissen heraus den Gang zur Schule anstrebe, um in ihrem alten Arbeitsverhältnis aufzusteigen

dungslandschaft nun bestenfalls zu korrigieren vermag. Genau dies signalisieren immer wieder die Schüler_innen, wenn man sie nach ihrer schulischen Zufriedenheit befragt. Diese Erfahrungen wiederum lassen sich nur

im persönlichen Austausch mit Anderen machen, mit denen man vor Ort und in kleinen Systemen zusammenwirken darf. Unter unseren Schüler_innen ist eine große Mehrheit gegen die „Neugründung“, die dazu führen wird, dass die Beziehungen wieder anonymer gestaltet sein, viele alte Ängste wieder aufkommen werden, dass sie abgehängt werden in den endlosen Videokonferenzen. Der Vorgang selbst, den die Behörde kommuniziert hat, wurde dort verstört zur Kenntnis genommen, denn schließlich ist es doch ein Lehrstück, wie „Partizipation“ und „Mitbestimmung“ von oben ausgelegt werden können: „Über Pläne kann dann auch mal gesprochen werden, aber Ergebnisse setzen wir.“ Das sind Sternstunden des PGW-Unterrichts.

Man kann sich nur sehr wundern, wenn etwa Herr Martini die Mathematikergebnisse des letzten Abiturdurchgangs als Beispiel dafür heranzieht, demnächst doch vermehrt auf Abstinenz der Lehrenden zu setzen. Schulsenator Rabe wird nicht müde zu betonen, dass gerade die Corona-Zeit enorme Lernlücken hat klaffen lassen. Hinzu kommt, dass sich die Schulabbrecher_innenquote im Corona-Jahr verdoppelt hat! Warum erwähnt Martini dies nicht? Wie

stark hat sich Martini auf die Erfahrungen von Kolleg_innen bezogen, die in dieser Phase unterrichten mussten und plötzlich mit einem Gebirge neuer Aufgaben konfrontiert waren? Wie kommt Martini darauf, den Schulrat zustimmend zu zitieren, dass es „blended-learning Einheiten (hybride Lernformen, die Red.), modularisierte und flexibilisierte Angebote“ bedürfe, um die Probleme der Erwachsenenbildung zu beheben? Diese Phasen des Online-Unterrichts waren die Phasen, in denen die meisten Schüler_innen weggebrochen sind. Viele hatten keine Lust auf die Intimität der Kamera, das merkwürdige Reden vor diesen Kacheln und überhaupt war viel mehr schriftlich zu bewältigen, was für eine Mehrheit ein großes Problem darstellt, gerade für die, die diese Schulform so das erste Mal kennenlernten.

Das wirklich Interessante an den Plänen der Behörde ist doch, dass sie allen Ernstes auch noch Aufnahmetests einführen möchte, um am Eingang zum Zweiten Bildungsweg schon einmal zu selektieren. Es könnten auch der Behörde Studien vorliegen, dass solche „Maßnahmen“ erst einmal den Bewerber_innenpool kleiner machen. Die Abbrecher_innenquote wird dadurch nicht notwendig gesenkt, sondern dies könnte auch bedrohlichere Konsequenzen haben, da sie noch steigt. Wer bloß kognitives Schulwissen abfragt, stellt dadurch sicher, dass ein gewisses intellektuelles Niveau gegeben ist. Das verdreht aber das wirkliche Problem in ein „Leistungsproblem“. Die simple Idee dahinter: Wer gut in der Schule ist, der bricht seltener ab. Das kann statistisch zutreffen in bestimmten Situationen, hätte die Behörde mal ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben, wüsste sie vielleicht jetzt, dass Selektion Abbrecher_innenquoten steigen lässt.

Für viele Menschen mit pro-

blematischen Schulerfahrungen ist ein Eingangstest in Englisch, Mathematik und Deutsch schon so abschreckend, dass sie von diesen Plänen rasch wieder abrücken werden. Und wir wissen mittlerweile auch, dass dies in besonderem Maße Leute aus armen Familien treffen wird, solche mit Migrationsgeschichte, mit Diskriminierungserfahrungen. Wie steht es um die Studien zur Bildungsgerechtigkeit in der Bundesrepublik? Wie haben die sich auf die Pläne der Behörde ausgewirkt? Warum soll der Zweite Bildungsweg erschwert werden, wo es doch offenkundig ist, dass dies Personen aus den

Die Behörde strebt ernsthaft an, mit der Neugründung des Zentrums für Erwachsenenbildung eine „leistungsorientierte“ Klientel anzusprechen, die gerade durch all die Zauberformeln des Neoliberalismus (Eigenverantwortung!) Flexibilität! Digitalisierung!) angelockt werden soll

unteren Schichten besonders hart treffen wird?

Uns schwindet allerdings die Hoffnung darein, dass Martini Recht damit behält, dass die Behörde alles tut, um eine „Abwicklung“ des ZBW gerade zu vermeiden“. Sie tut leider zu viel dafür, dass die Erfolge der Erwachsenenbildung nachhaltig beschädigt werden und drei Kollegien werden in ein Experiment hinein geworfen, das nur mit viel unbezahlter Extraarbeit überhaupt zum Laufen zu bringen sein wird. Ein „Projektmanagement“, eine verlässliche und transparente Planung sowie Kommunikation gibt es in dieser Behörde einfach nicht. Ist das

der Beginn einer Abwicklung oder der positiven Veränderung? Wer letzteres glaubt, muss über wundersame Berufserfahrungen verfügen.

Gehen wir zum Schluss noch einmal auf den großen Zusammenhang dessen ein, was die Behörde alles tut: Sie schafft das Sitzenbleiben ab, aber nach der 10. Klasse ist keine Wiederholung angesagt. Ein ökonomischer Imperativ, der das gebietet? Es schafft mehr Leute, die sich mit einem ESA eine Ausbildung oder einen Job suchen müssen. Das freut die Industrie- und Handelskammer. Und trotz all der Freude: Wie sehen denn die Zahlen in diesem Arbeitsvorbereitungsbereich aus, der Schulpflichtige nach der 10. Klasse in Lohn und Brot bringen soll? Erstaunlich viele finden sich im MSA-Bereich der Abendschule wieder, die diese Arbeitsvorbereitung „erfolgreich“ durchlaufen haben. Wen freut dies?

Und während die Behörde sinkende Anmeldezahlen beklagt, hat sie diese doch selbst forciert: Die Berufsschulen wurden zu einer effektiven Konkurrenz der Erwachsenenbildung gemacht, weil die allgemeine Bildung gegenüber einer berufsspezifischen Bildung abgewertet wurde. Und auch hier wieder die entscheidende Frage: Wessen Interessen stehen hier im Vordergrund? Und jetzt soll die allgemeine Bildung noch weiter beschnitten werden, reguläre Schulabschlüsse entwertet werden, die jetzt noch den problemlosen Zugang zur Erwachsenenbildung ermöglichen? Vielleicht haben wir mit „Abwicklung“ ja noch untertrieben. Bleiben die Pläne der Behörde so, dann wird nicht nur eine Strukturveränderung verschlafen, sondern auf ein Scheitern gesetzt.

BETRIEBSGRUPPE DER
ABENDSCHULE VOR DEM
HOLSTENTOR